



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 11.07.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Erklärung Puschilins über den Weg, ein Gesetz über den besonderen Status des Donbass zu beschließen

Ohne besonderen Status ist eine politische Regelung der Situation im Donbass nicht möglich. Ein erster Schritt Kiews zu einer friedlichen Regelung muss die Annahme eines Gesetzes über den besonderen Status sein, das zuvor im „Normannischen Format“ und in der Kontaktgruppe in Minsk abgestimmt sein muss. Die Variante, dass die Ukraine versucht das Gesetz einseitig zu beschließen, ist nicht annehmbar.

Die Formel Steinmeiers ist auch eine Kompromisslösung zur Inkraftsetzung eines Gesetzes und sie sollte vernünftig genutzt werden.

Der Maßnahmekomplex wurde als ein ganzes Modell der Regelung des Konflikts unterschrieben und es ist nicht zulässig ihn fragmentarisch auszuführen. Es ist zielführend, in der Kontaktgruppe einen Fahrplan auszuarbeiten und zu bestätigen, der es erlaubt, in konkreten Fristen, Punkt für Punkt die durch die Seiten des Konflikts übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, von der Ukraine auf der einen und der LDVR auf anderen Seite.

Der Leiter der Delegation der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe Denis Puschilin

Die Formel Steinmeiers beschreibt einen Mechanismus, das Gesetz über eine besondere Ordnung des örtlichen Selbstverwaltung in der DVR und der LVR in Kraft zu setzen, auf zeitweiliger Grundlage am Tag der örtlichen Wahlen und auf dauerhafter nach der Veröffentlichung des OSZE-Berichts über ihre Ergebnisse.

Dan-news.info: Die Nichtzulassung der Verfolgung von Teilnehmern des Konflikts im Donbass ist eine der Schlüsselbedingungen für die Durchführung von Kommunalwahlen in der Region. Dies erklärte heute die Außenministerin der DVR, die Vertreterin der Republik in der politischen Untergruppe Natalja Nikonorowa.

Zuvor hatte heute die Vertreterin der Ukraine in der politischen Untergruppe der Kontaktgruppe Olga Ajwasowskaja erklärt, dass die Amnestie von Milizangehörigen im Donbass nur nach der Durchführung von demokratischen Wahlen auf den nicht von Kiew kontrollierten Territorien denkbar ist.

„Demokratische Wahlen sind ohne die Realisierung von Punkt 5 des Maßnahmekomplexes und die Annahme eines Gesetzes über die Nichtzulassung der Verfolgung von Teilnehmern an den Ereignissen im Donbass nicht möglich. Damit es möglich ist, aktives und passives Wahlrecht für unsere Einwohner zu garantieren, muss eine Prozedur erfolgen, die es ihnen erlaubt unmittelbar an den Wahlen teilzunehmen“, erklärte die Außenministerin. „Wer würden ohne diese Prozedur die Wähler und Kandidaten sein? Bei uns sind alle, die auf dem Territorium der Republik leben, in der einen oder anderen Weise Teilnehmer der Ereignisse“.

Nikonorowa sagte, dass Kiew ein besonderes Gesetz über die Nichtzulassung der Verfolgung von Teilnehmern an den Ereignissen im Donbass ausarbeiten muss. „Ohne diese Prozedur können wir

über Wahlen nicht reden.